

Brüggen *direkt*



>> Informationen der SPD-Brüggen



Lieber Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Am 13. September 2020 stehen wichtige Entscheidungen in unserer Gemeinde an: Es werden die Weichen für die nächsten fünf Jahre Kommunalpolitik gestellt. Neben dem Gemeinderat wird auch das höchste Amt im Rathaus neu besetzt. Sie bestimmen, ob im Rathaus alles bleibt, wie es immer war, oder ob endlich ein frischer Wind weht.

Wir möchten die großen Zukunftsaufgaben für unsere Gemeinde gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern meistern. Mit viel Engagement, guten Ideen, großer Transparenz und intensivem Dialog über die richtigen Wege. Mit Udo Rosowski als Bürgermeister und unserem kompetenten Team für den Rat bieten wir Ihnen eine wirkliche Alternative.

Wir wollen den Politikwechsel in Brüggen. Dafür bitten wir Sie mehr denn je um Ihre Unterstützung. Die Corona-Pandemie verhindert es leider, dass unsere Kandidatinnen und Kandidaten wie in früheren Wahlkämpfen mit Ihnen persönlich ins Gespräch kommen können. Sprechen Sie deshalb mit Ihren Freunden und Nachbarn über die Zukunft unserer Gemeinde. Bringen Sie Bewegung in den politischen Alltag, mischen Sie sich ein und bleiben Sie am Wahltag nicht zu Hause. Denn Sie wissen ja: Wer nicht wählt, wählt immer die Anderen!

Es grüßt herzlich,
Ihr Georg Rumi



Die SPD macht den Unterschied

Am 13. September entscheiden die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen über die Zusammensetzung der Stadt- und Gemeinderäte und das Personal an der Spitze der Kommunen. Die SPD tritt in Brüggen in allen Wahlkreisen an – mit einem starken, kompetenten und vielfältigen Team. Und mit Udo Rosowski als Ihrem Kandidaten für das Bürgermeisteramt.

Rosowski lebt seit 1973 in Brüggen, ist gesellschaftlich, sportlich und politisch tief im Gemeindeleben verankert. Seit 1995 ist er Mitglied des Gemeinderats, 1999 wurde er stellvertretender Bürgermeister. Er weiß, wo den Brüggenerinnen und Brüggener der Schuh drückt. Besonders am Herzen liegen ihm die Themen Wohnen, Arbeit und Bildung. „Wir brauchen dringend mehr bezahlbaren Wohnraum – damit junge Menschen nach

der Schule oder dem Studium nicht abwandern, sondern hier wohnen bleiben. Dafür brauchen wir aber auch attraktive Arbeitsplätze. Ich möchte Gewerbe ansiedeln, in dem auch produziert wird. Nicht nur Lagerhallen, in denen nur wenige Menschen arbeiten. Und wir brauchen Wohnraum für die wachsende Zahl älterer Menschen mit kleiner Rente“, sagt Udo Rosowski. Rosowski, der Verwaltung von der Pike auf gelernt hat und in verschiedenen Leitungspositionen in kommunalen und Landesbehörden tätig war, stört vor allem, dass in Brüggen bis heute der Eigentumswohnungsbau als Kapitalanlage und Spekulationsobjekt mit entsprechend hohen Mieten floriert. „Die Idee der SPD ist schon seit Jahren die Gründung einer

weiter Seite 4.



UDO

Erfahren, seriös und kompetent: SPD-Bürgermeisterkandidat Udo Rosowski.

Der lange Kampf für die Brüggener Feuerwehr

Die Einsatzbereitschaft unserer Feuerwehr zu erhalten und zu verbessern, sollte eigentlich ein generelles Ziel von Politik und Verwaltung sein. Stattdessen stand die Brüggener SPD in den vergangenen Jahren meist allein, wenn sie sich im Rat für eine bessere Unterbringung, Ausstattung und Wertschätzung der Wehren in der Burggemeinde stark machte.

Lange Zeit haben wir mit unserer Fraktion bei diesem Thema einen Kampf gegen Windmühlen gefochten:

Bereits 2015 bemängelten wir, wie schon 2012, dass das Brachter Gerätehaus zu klein ist und viele gesetzliche Sicherheitsstandards nur unzureichend umgesetzt werden. Empörung im Rat über diesen Vorwurf. Ein „Runder Tisch“ sollte stattfinden, an dem SPD, Verwaltung und Wehrleitung über die Probleme offen sprechen. Der Termin ist nie zustande gekommen. Keine Zeit!

Jahre später musste dann zugegeben werden, dass nicht nur das Gerätehaus in Bracht, sondern auch das in Brüggem in einem derart schlechten Zustand ist, dass ein Neubau her muss. Na, so was!

Ebenfalls bereits 2015 forderte die SPD ein Personalentwicklungskonzept ein, um Führungsnachwuchs heranzubilden und Fachkräfte auszubilden. Damals wurden wir belächelt. Dies sei ja wohl Sache des Wehrleiters und habe uns (und den Rat) nicht zu kümmern, hieß es aus der Verwaltung und anderen Fraktionen. Einige Jahre später dann die Ermüchterung: Es fehlt an Führungspersonal. Was nicht wundert, denn selbst der Wehrleiter hatte noch nicht alle vorgeschriebenen Ausbildungen, als er berufen wurde.

Es folgte 2019 der Brandschutzbedarfsplan.

Der macht auf „Defizite“ im Einsatzfall aufmerksam, die angeblich kompensiert werden sollen. Wie genau bleibt offen. Ist aber auch nichts Neues, denn die gleichen Defizite findet man bereits im Brandschutzbedarfsplan 2012. Laut aktuellem Plan fehlen rechnerisch 114 Einsatzkräfte, davon 43 Führungskräfte. Darüber hinaus wird ein deutliches Ausbildungs- und Ausrüstungsdefizit festgestellt. Hätte der Bürgermeister vielleicht doch mal hinhören müssen, als die SPD 2015 genau darauf hingewiesen hatte?

Die dringend notwendigen Ausbildungen wurden nicht durchgeführt, weil angeblich keine Plätze zur Verfügung standen. Ein Blick in die Last-Minute-Börse beim Institut der Feuerwehr ergab, dass genau bei diesen Kursen noch Plätze offen waren. Wie also?

Im Dezember 2019 dann ein Knall, der in der ganzen Gemeinde zu hören war, und was nie hätte passieren dürfen: Der stellvertretende Wehrleiter, beide Löschzugführer und deren Vertreter kündigten ihren Rücktritt an. Was war geschehen? In der Kurzfassung: Einige wollten Defizite beheben und Änderungen herbeiführen, andere sperrten sich dagegen.

Die angekündigten Rücktritte rissen ein tiefes Loch in die Personaldecke der Brüggener Feuerwehr. Es fehlte plötzlich an ausreichend geschultem Personal. Hätte hier ein Personalentwicklungsplan geholfen, wie ihn die SPD bereits 2015 forderte?

Die Rücktritte scheinen die Verwaltung nun endlich aufgeweckt und den Bürgermeister daran erinnert zu haben, dass er Dienstherr der Feuerwehr und für sie verantwortlich ist. Es folgten Personalentscheidungen in der Verwaltung und die Abberufung des bisherigen Wehrleiters. Damit ist zumindest erst einmal die Erhaltung einer rechtskonformen Kommandostruktur gesichert. Plötzlich wird man auch der von der SPD immer wieder geforderten Verbesserung der Ausstattung unserer Wehren gewahr: Neben dringend benötigten Ausrüstungsgegenständen wurde unsere Feuerwehr sogar noch um eine Kameradrohne, zwei geländegängige Quads und etliche Mitglieder reicher. Darüber hinaus erhält der Löschzug Brüggem noch in diesem Jahr ein neues Fahrzeug, dessen Beschaffung schon seit Jahren immer wieder hinausgezögert wurde.

Fazit: Die Verwaltungsspitze hätte sich sehr viel Ärger und Stress ersparen können, wenn sie sich ihrer Verantwortung bewusst gewesen wäre und früher einmal genauer hingeschaut hätte, als die SPD auf die drohenden Probleme aufmerksam machte.



Ja zum interkommunalen Bad

Seit mehr als zwei Jahren beschäftigt die Idee eines interkommunalen Bades sowohl die Verwaltungen als auch die Räte der Gemeinden Brüggem und Niederkrüchten. Beide Kommunen haben marode Bäder, deren Sanierung nur mit hohem Finanzaufwand erreicht werden kann. Aus dieser Situation entstand der Gedanke an ein interkommunales Bad. Dieser Plan könnte ein Leuchtturmprojekt in der Region sein und andere Kommunen zur Nachahmung anregen. Sowohl in Brüggem als auch in Niederkrüchten hat es bereits Machbarkeitsstudien gegeben.

Im Ergebnis würden jeder Kommune pro Jahr etwa 500.000 Euro an Betriebskosten entstehen. Klar ist: Die Wirtschaftlichkeit der möglichen Varianten muss Grundlage der Entscheidung in den Kommunen sein. In Niederkrüchten gibt es Widerstand in der Bevölkerung zu mindestens einer Plan-Alternative. Die SPD in Brüggem steht aber im Grundsatz voll und ganz hinter dem Projekt und wünscht sich mehr Bewegung in der Entscheidungsfindung. Für uns ist es wichtig, dass Kinder unserer Gemeinde weiterhin eine Möglichkeit zum Schwimmenlernen in angemessener Entfernung haben.

Aber auch Sportler, Senioren und Familien sollen von dem gemeinsamen Bad profitieren. Deshalb unterstützen wir als SPD alle Anstrengungen, die dazu führen, dass wir bald ein modernes, zukunftsfähiges und für den Tourismus attraktives Schwimmbad bekommen. Allerdings müssen sich auch bei wünschenswerten Attraktivitätssteigerungen die Baukosten und auch die Betriebskosten wirtschaftlich in einem vertretbaren Verhältnis bewegen. Ob daher zum Beispiel eine Saunalandschaft in Konkurrenz zu privaten Anbietern kostenmäßig vertretbar ist, muss genauestens bedacht werden. Vor allem aber muss nun endlich in Niederkrüchten eine Entscheidung fallen, ob die gemeinsame Planung weitergeführt werden kann.

SPD fordert mehr Betreuungsangebote in Kitas

Die Lebenswirklichkeit erfordert mehr Betreuung in Randzeiten

Brüggen wächst weiter. Mit Neubaugebieten wie an der Borner Straße oder am Grasweg und der Planung neuer Wohngebiete etwa am Eichenweg will die Gemeinde vor allem junge Familien ansiedeln. Entsprechend wächst der Bedarf an Kindergartenplätzen und Betreuungsangeboten. Zwar werden derzeit im Gemeindegebiet die von der SPD immer geforderten Kita-Plätze geschaffen und auch die Belegungssituation in unseren Grundschulen stellt sich aktuell und in den nächsten Jahren gut dar. Wie aber sieht es mit dem Angebot in sogenannten Betreuungsrandzeiten, also außerhalb der normalen Öffnungszeiten von Kindergärten und Grundschulen, aus? Das wollte die Brüggener SPD von der Verwaltung wissen und forderte in einem Antrag, den Bedarf eines familienfreundlichen Randzeitenangebotes für die Burggemeinde zu ermitteln sowie wenn nötig, Betreuungsmöglichkeiten ab 6 Uhr und bis 18 Uhr zu schaffen. Schließlich gehört zu einer besseren Förderung von Beruf und Familie heutzutage auch eine bedarfsorientierte und verlässliche Kinderbetreuung.

Aktuell ist die Kinderbetreuung ohne erhebliche Umstellung des persönlichen Lebens- und Arbeitsrhythmus nämlich nicht zu bewerkstelligen. Da helfen auch die zukünftig neugeschaffenen Kita-Plätze und die ausreichenden Grundschulplätze wenig. Der SPD-Antrag wurde von der Verwaltung und von der CDU-Ratsmehrheit abgelehnt. Begründung: Es gibt keinen Bedarf für eine Randzeitenbetreuung. Wie kommt man zu dieser Annahme? Die Verwaltung hat einfach das Kreisjugendamt gefragt, das wiederum mitteilte, dass von den privaten Trägern der Kindergärten kein Bedarf angemeldet worden sei. Dazu muss man wissen: Die Träger der Kindergärten, aber auch die Grundschulen, müssen eigentlich den Bedarf bei den Eltern erfragen und diesen an das Kreisjugendamt weiterleiten. Da bei den Trägern aber vermutlich keine Motivation besteht, die Öffnungszeiten auszuweiten, verzichtet man lieber auf eine Befragung der Eltern und meldet entsprechend auch keinen Bedarf weiterer Betreuungsangebote an.

Wir halten das für einen unzumutbaren Zustand für die Eltern, unterstützenden Familienmitglieder, Alleinerziehenden und für die Kinder in unserer Burggemeinde! Dass es sehr wohl entsprechende Bedarfe gibt, zeigt das Beispiel Viersen. Bei einer aktiven Abfrage direkt bei den Eltern und nicht etwa bei den privaten Trägern wurde wie aus dem Nichts der dringende Wunsch von 500 Familien im Stadtgebiet nach zusätzlicher Betreuung festgestellt. Auch der Kreis hat den Mangel inzwischen erkannt und jüngst Zuschüsse und Fördermittel insbesondere für die Flexibilisierung von Öffnungszeiten in der Kinderbetreuung beschlossen. Träger können hierfür beim Kreisjugendamt eine 25-prozentige Unterstützung beantragen. Die Brüggener SPD ist überzeugt: Einen Bedarf an zusätzlicher Randzeitenbetreuung in Kindergärten und Grundschulen gibt es nicht nur in Viersen, sondern auch in Brüggen. Deshalb werden wir uns auch in der nächsten Wahlperiode für die Schaffung entsprechender Angebote einsetzen – zur Entlastung der Eltern und zum Wohle der Kinder in Brüggen!

Nachhaltigkeit statt nur Umwelt- und Klimaschutz

Umwelt- und Klimaschutz geht uns alle an. Das Thema ist nicht bestimmten Gruppierungen oder politischen Parteien vorbehalten. Jeder, der in der Politik in Zukunft Verantwortung übernehmen möchte, sollte dazu klare Vorstellungen und Pläne haben. Die SPD in Brüggen denkt das Thema größer und setzt auf mehr Nachhaltigkeit – in Wirtschaft, Finanzen, Verkehrspolitik und eben auch im Umweltschutz. Jede Investition in die Zukunft muss unsere Ressourcen schonen, auf Langlebigkeit ausgelegt sein und dem Stand der Technik entsprechen.

Umwelt- und Klimaschutz im ländlichen Raum muss allerdings anders aussehen als in Ballungszentren oder Großstädten. Im Augenblick ist es völlig verfehlt zu glauben, ohne moderne Verbrennungsmotoren auszukommen und ausschließlich auf Elektromobilität setzen zu können. Hier bei uns, wo die Entfernungen groß sind und man auf eine funktionierende Mobilität angewiesen ist, muss der ÖPNV ausgebaut, verlässlich und für die Menschen erschwinglich sein.

Ein leistungsstarkes Internet ist Voraussetzung dafür, dass viele Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde auch in Zukunft im Homeoffice arbeiten können. Denn wer seinen PKW auf dem Weg zur Arbeit überhaupt nicht oder nur selten nutzt, leistet einen deutlich nachhaltigeren Beitrag für Klima und Umwelt als der Fahrer eines Elektromobils, dessen Akku-Rohstoffe mit Kinderarbeit gewonnen wurden und deren Entsorgung das nächste große Umweltschicksal verursachen werden. Ein leistungsstarkes Internet ist außerdem ein wichtiger Standortvorteil für Unternehmen und damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort. Auch Schulen profitieren davon durch modernen und zeitgemäßen Unterricht.

Auch die Landwirtschaft benötigt mit politischer Unterstützung eine finanzierbare Chance, mittelfristig auf Regionalität zu setzen. Müssen wir unsere Speisekartoffeln wirklich aus Israel importieren und bauen stattdessen hier nur Industriekartoffeln an? Nein, das ist nicht nachhaltig.

Wir haben die Aufgabe, unserer Landwirtschaft bei dem gewollten „Umbau“ den Rücken zu stärken. Umwelt- und Klimaschutz darf auch nicht nur etwas für die Reichen sein, die sich zur Beruhigung ihres Gewissens manchmal Bio-Ware leisten. Die SPD legt großen Wert darauf, dass sich alle Menschen einen aktiven Umwelt- und Klimaschutz leisten können.

Der Ausschuss für Natur und Umwelt der Burggemeinde hat sich unter dem Vorsitz der CDU in den letzten Jahren nicht wirklich um die Kernfragen des Schutzes unserer Umwelt und Natur gekümmert. Von dort kamen keine zukunftsweisenden Anregungen oder Innovationen. Geben Sie deshalb am 13. September der SPD Ihre Stimme, damit wir uns kraftvoll für Nachhaltigkeit und zukunftsfähigen Umwelt- und Klimaschutz einsetzen können – zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger Brüggens und der wunderschönen und schützenswerten Natur, die unsere Lebensqualität ausmacht.

Gemeinde verabschiedet sich vom Altenheim

Rund fünf Jahre lang stand das Altenheim Schlevringhoven in Bracht unter der Leitung der St. Augustinus Seniorenhilfe. Dies geschah auch durchaus zum Vorteil des Altenheims. Ursprünglich war vereinbart, dass die „Augustiner“ die Einrichtung komplett übernehmen sollten, wobei die Modalitäten aus Sicht der SPD-Vertreter im Aufsichtsrat umstritten waren. Im Juni 2019 gaben die Augustiner jedoch bekannt, sich zum 30. Juni 2020 aus dem Altenheim zurückzuziehen. Seitdem führt die Gemeindeverwaltung unter Leitung von Bürgermeister Gellen, den Fachbereichsleitern und dem Kämmerer als Geschäftsführer das Haus – vorübergehend, denn mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) steht eigentlich bereits seit Oktober ein Nachfolger für das Management des Altenheims fest. „Eigentlich“ – denn ein formeller Vertrag mit dem DRK wurde bis heute nicht geschlossen. Denn wie sich herausstellte, ist das DRK nicht bereit, das Altenheim mit der Gemeinde als Mitgesellschafter gemeinsam zu betreiben. Genau diese Lösung war aber in verschiedenen Ratssitzungen von allen Parteien nach einem damals vom Bürgermeister noch begrüßten Antrag der SPD im Rat als Verhandlungsgrundlage bestätigt worden. In der Aufsichtsratsitzung des Altenheims am 18.09.2019 wurde unter TOP 4 ausdrücklich bestätigt: „Die Burggemeinde Brüggen hat die Absicht erklärt, auf jeden Fall mit einem gewissen Anteil als Gesellschafter in der Altenheim Brüggen-Bracht GmbH zu bleiben; zu welchen Anteilen ist noch offen.“ Auch in der Mitarbeiterversammlung am 02.10.2019 im Altenheim wurde als Standpunkt der Gemeinde und des Rates bekräftigt, dass die Gemeinde als Gesellschafter weiterhin am Betrieb des Altenheimes beteiligt sein würde. Ohne weitere Diskussion und Gremienbeschluss wurde diese bisherige Übereinkunft vom Bürgermeister aufgegeben.

Für die SPD war und ist es wichtig, dass die Gemeinde ihre Möglichkeiten zur Gestaltung des Altenheims als Miteigentümer nicht völlig aus der Hand gibt – zum Wohle der Seniorinnen und Senioren in der Einrichtung, aber auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine Lösung, die für die Gemeinde nur die Rolle des Vermieters von Grund, Boden und Immobilie einräumt, ist nicht in unserem Sinne.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir die Kompetenz und Zuverlässigkeit des DRK als Gesellschafter und Betreiber des Altenheims und als seriöser Arbeitgeber nicht anzweifeln und grundsätzlich positiv bewerten.

Tatsächlich bestand aber kein politisches Mandat für die sich abzeichnende gesellschaftsrechtliche Lösung der Übernahme des gesamten Geschäftsbetriebs durch das DRK. Die SPD-Aufsichtsratsmitglieder haben deshalb in einem Brief an den Bürgermeister eine Reihe von Fragen zur geplanten Vertragsgestaltung aufgeworfen, die dringend zu beraten und politisch zu entscheiden sind. Trotz einiger Gespräche ist bis heute nichts geklärt. Kurz vor Ablauf der Frist wurde der Rat in der letzten Sitzung vor vollendete Tatsachen gestellt. Öffentlich diskutiert wurde nichts, alle Informationen erfolgten wie bisher nur im nichtöffentlichen Teil der Ratssitzung. Immerhin beschloss der Rat, auch unter den geänderten Bedingungen mit dem DRK zusammenzuarbeiten. Welche Alternative hatte man denn auch?

Fortsetzung von Seite 1

eigenen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft für Brüggen. Dadurch könnten die Bebauung und damit die Mietpreise von der Gemeinde besser gelenkt werden.“ Neue Baugebiete sollten, wenn es mit der Landesplanung vereinbar ist, generell nur noch ausgewiesen werden, wenn die Gemeinde Eigentümer der betreffenden Grundstücke ist. Mehr zu den politischen Plänen für Brüggens Zukunft finden Sie auf www.spd-brueggen.de und auf facebook (SPD Brüggen). Machen Sie sich ein Bild von Ihrem Bürgermeisterkandidaten – ab Ende August im Kandidaten-Check des WDR (www1.wdr.de/dossiers/kandidatencheck/2020). Den Roten Faden für eine nachhaltige Politik der SPD Brüggen finden Sie hier:



Verträge gab es immer noch nicht. Konkret weiß der Rat immer noch nicht, zu welchen Konditionen das Altenheim abgegeben werden soll. Natürlich sind Verhandlungen schwierig, gerade wenn nun ein so kompliziertes Konstrukt wie ein Betriebsübergang für die Weiterführung des Altenheims gewählt wird. Genau das wollte die SPD eigentlich verhindern. Schon längst hätte vertraglich wenigstens die provisorische Betriebsführung durch das DRK ab 01. Juli geregelt werden müssen. Dies steht bei Redaktionsschluss nun erst am 19.08. im Aufsichtsrat auf der Tagesordnung. Für diese ganzen Verzögerungen wird nun den Virus verantwortlich gemacht. Aber Verträge können schließlich auch ohne persönliche Begegnung erstellt, geprüft und bewertet werden.

Glücklicherweise hat dieser Schwebestand keine Auswirkungen auf Bewohner und Beschäftigte, die auch bei der provisorischen Geschäftsführung weiter bei der Altenheim Brüggen-Bracht GmbH beschäftigt sind. Trotzdem müssen die Verträge endlich unter Dach und Fach. Vielleicht führt das Haus dann auch wieder den altherwürdigen Namen Schlevringhoven. Und dann muss sich die Politik Gedanken über die weitere Tätigkeit der dann nur noch grundstücksverwaltenden kommunalen Gesellschaft machen. Wie wäre es denn, hier bei der sowieso fälligen Änderung des Geschäftszwecks die Wohnungsbaugesellschaft zu installieren.

Landratskandidatin bei Brüggener SPD

Schon mehrfach war Annalena Rösberg als Landratskandidatin von der Brüggener SPD eingeladen worden, doch Corona machte immer einen Strich durch die Rechnung. Nun hat es endlich geklappt, und bei einer Mitgliederversammlung trug die Kandidatin überzeugend vor, warum Sie Landrätin des Kreises Viersen werden möchte. Mehr über die Mitgliederversammlung in der nächsten Ausgabe.



Impressum



Redaktion: Thomas Lillig,
Georg Rumi, Udo Rosowski
V.i.S.d.P.: Georg Rumi
Vorsitzender SPD-Ortsverein
Hochstraße 70, 41379 Brüggen
Telefon: 02163-6501

E-Mail: georg.rumi@spd-brueggen.de
Internet: www.spd-brueggen.de
Druck und Verlag: literates Verlag
Druck Medien www.literates-verlag.de